

Milbach der Tagblatt

Engtalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Engtal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerschweizerischen Postbezirk monatlich 1.60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Strolchstr. Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Remscheid Zweigstelle Wildbad. — Verleger: Engtalbotendruckerei & Co., Wildbad; Buchbinderischer Gewerbetreibender Filiale Wildbad. — Postfach Nr. 291 74 Elmstatt. — Anzeigerpreise: Im Allgemeinen sind vier Spalten 40 Pf. für 6 Wochen, Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote 6 Pf.; im Textteil die 90 mm breite Zeilen mit 12 Pf. — Rabatt nach vorgeschriebenem Tarif. — Schluss der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen aber wenn gerichtliche Weisung notwendig wird, kann jede Nachlassnahme weggelassen werden. — Druck, Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw. Wilhelmstr. 84. Tel. 479. — Zeichnung: Villa Hubertus

Nummer 250

Februar 479

Freitag den 25. Oktober 1935

Februar 479

70. Jahrgang

Ein Weltölmonopol?

Weltpolitik gegen die östlichen Staaten Europas

WPD. Ueber die Ergebnisse der in der Vorwoche begonnenen Konferenz der Weltölfirmen (Standard, Dutch, Shell und Anglo-Franz-Gruppe) ist offiziell noch nichts bekannt. Die Presseberichte geben jedoch folgende Hauptpunkte an: Erstens soll durch eine Vereinbarung mit der UdSSR über einen jährlichen Höchstexport von 4,3 Millionen Tonnen sowie durch eine Vereinbarung mit der Standard Oil of California über eine Höchstexportmenge von 20 000 bis 24 000 Tonnen täglich auf den Bahrein-Inseln (im Persischen Golf, die sich England politisch gesichert hat) ein absolutes Ölmonopol geschaffen werden. Dieses Weltmonopol soll die Ölfirmen in gewisser Weise gegenüber den europäischen Tendenzen zu staatlichen Ölmonopolen sowie vor einer Beeinträchtigung ihrer Investitionen in Raffinerien und Verteilungsnetzen innerhalb Europas und Japans schützen. Ein weiterer Punkt der Erörterungen soll das Problem gemeinsamer Einschränkungen weiterer Investitionen auf den europäischen Binnenmärkten zwecks Verminderung des Risikos einer etwaigen staatlichen Monopolisierung gebildet haben. Dagegen scheint eine Erhöhung der Ölpreise nicht ins Auge gefasst zu sein. Wie weiter zuverlässig gemeldet wird, macht die Verständigung zwischen den Weltölfirmen und den Vertretern der UdSSR starke Fortschritte. Ebenso gestalten sich die Verhandlungen mit der Standard Oil of California wegen der Bahrein-Inseln günstig. Es soll angeblich ein Abkommen über den Ankauf des Sowjet-Exporthafens und der Bahrein-Ausfuhr durch einzelne Firmen bevorstehen.

Das Weltölmonopol scheint also tatsächlich greifbare Formen anzunehmen, wobei besonders wichtig ist, daß auch das russische Öl diesmal in die gemeinsame Front miteinbezogen sein soll, was bei früheren „Ölfrieden“ nicht der Fall war. An Versuchen einer Einigung hat es auch in der Vergangenheit niemals gefehlt, trotzdem gerade der Kampf der Weltölfirmen wegen der rücksichtslosen Art, in der er geführt wurde, in der Welt einen besonderen Ruf genießt. Wenn solche Teileinigungen aber zustande kamen, dann waren die Gründe dafür fast stets weniger wirtschaftliche als politische.

Und so ist es auch diesmal wieder. Sinn und Zweck des geplanten Weltölmonopols sind politisch, und zwar richtet sich die politische Zielsetzung gegen die östlichen Staaten Europas sowie gegen Japan, das durch das staatliche Ölmonopol in Mandchukuo die Dinge ins Rollen gebracht zu haben scheint. Die Abhängigkeit vom Öl, durch dessen steigende Bedeutung für die Wehrkraft eines Landes, hat die östlichen europäischen Länder gezwungen, sich ihre Ölversorgung möglichst weitgehend zu sichern, indem man auf dem Wege der Gesetzgebung dafür sorgte, daß das wehrpolitische Interesse des Staates gewahrt wurde.

Die umfangreiche und außerordentlich verschiedenartige Gesetzgebung, die aus dieser Staatsnotwendigkeit heraus in den einzelnen Ländern Europas entstanden ist, schildert ein Artikel im Septemberheft der „Geopolitik“ (Hft. 4: „Das Öl im Gesetz und Staat“) sehr ausführlich. Die gesetzliche Staatsüberwachung der Ölindustrie, insbesondere der Raffinerie, ist den Ölproduzenten natürlich durchaus nicht angenehm, zumal immer die Befürchtung nahe lag, daß daraus schließlich ein Monopol entstehen könnte. Solche Absichten haben beispielsweise in Frankreich noch vor kurzem eine große Rolle gespielt, und zurzeit denkt Schweden an die Einführung eines Ölmonopols. In Italien hat die Bevorzugung der Raffinerien vor den Importeuren eine Rolle gespielt. Alle Importeure und Raffineure müssen die italienische Staatsangehörigkeit besitzen. Die Raffineure lagern aber zollfrei, zahlen Zoll erst nach Fertigstellung des Raffinationsprozesses, und dieser Zoll ist dann erheblich geringer als der für raffiniert importiertes Öl. Ferner sind beide Gruppen gehalten, bestimmte, nicht geringe Mengen von Öl als ständigen Vorrat einzulagern. Daß dies lediglich zu wehrpolitischen Zwecken gefordert wird, ist selbstverständlich. Der Staat zwingt also die Industrie, die Lagerkosten für einen rein militärischen Zweck zu tragen.

Gegen solche gesetzlichen Schutzbestimmungen richtet sich offenbar die beabsichtigte Gründung des Weltölmonopols. Welche Bedeutung dieser Kampf erhalten kann, ist ohne weiteres ersichtlich. Er muß den Widerstand der „nichtbesitzenden“ Mächte gegen die „besitzenden“ Mächte erheblich verschärfen und wirkt damit im Grunde das Problem einer gerechten Rohstoffverteilung auf, das neben den großen weltanschaulichen Gegensätzen unserer Zeit immer mehr als eine weltpolitische Frage von größter Tragweite in den Vordergrund tritt. Wenn man mit dem Weltölmonopol den Weg der wirtschaftlichen Machtpolitik beschreitet, so muß man sich bewusst sein, daß diesem Machstreben auf der anderen Seite die Lebensinteressen großer Völker entgegenstehen. Das bedeutet aber, daß die endgültige Entscheidung nicht auf wirtschaftlichen, sondern auf politischem Gebiet fallen wird.

Laval vor dem Kammerauschuß

Lebhafte Aussprache über Artikel 16

Paris, 24. Okt. Aus dem Bericht über die Mittwoch-Sitzung des Auswärtigen Kammerauschusses geht hervor, daß Laval einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der diplomatischen Lage in den letzten Monaten gegeben habe. Der Ministerpräsident habe zur Frage der Sühnemassnahmen betont, daß Frankreich mit dem festen Willen gehandelt habe und handeln werde, allen Verpflichtungen des Faltes nachzukommen, in der ständigen Sorge, im Geiste des Versailler Vertrages eine Ausöhnungsmöglichkeit zu finden, die geeignet sei, den Frieden zu sichern. Im gleichen Geist sei der Meinungsaustrausch mit der britischen Regierung über die Tragweite des Artikels 16 des Völkervertrages geführt und zu einem guten Ende gebracht worden.

Dem Bericht folgte eine sehr ausgedehnte Aussprache. Drei Stunden lang mußte Laval dem Kreuzfeuer der Fragen standhalten, die sich besonders auf die möglichen Folgen bezogen, die das Schulbeispiel des abessinischen Streitfalles in der Zukunft haben könnte. Es kam zu einer lebhaften Auseinandersetzung über die Auslegung des Artikels 16 des Völkervertrages. Der Wortlaut dieses Artikels wurde bis ins Einzelne geprüft und in langen Ausführungen verbreitete man sich über den Grundgedanken des gegenseitigen Vorkommens zwischen Völkerverbundmitgliedern im Falle eines nicht herauszufordernden Angriffes und über die Anwendung dieses Grundgedankens in der Zukunft. Laval wies in diesem Zusammenhang auf die mit England erzielte Einigung hin, die einen gegenseitigen Vorkommens aller Völkerverbundmitglieder für den Fall vorsehe, daß einer von ihnen vom Angreifer angegriffen werde als Vergeltungsmaßnahme wegen gemeinsamer Sühnemassnahmen gegen den Angreiferstaat. Die angeführte Zurückziehung einer der italienischen Divisionen aus Lybien wurde vom Ausschuss als erstes und bedeutendes Ergebnis der auf den Frieden gerichteten Bemühungen Lavals bezeichnet.

Das „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß sich Laval vor seinem Erscheinen vor dem Ausschuss telephonisch von Mussolini aus Rom die Ermächtigung geben ließ, die Nachricht von der Zurückziehung einer italienischen Division aus Lybien bekanntzugeben. Mussolini habe Laval geantwortet, er erblicke in dieser Bekanntgabe nichts Nachteiliges. Laval habe ferner auseinandergesetzt: England habe auf Grund einer italienischen Herausforderung — Drohung der Presse, Malta zu bombardieren — seine Mittelmeerflotte verstärken zu müssen geglaubt. Er, Laval, habe England und Italien wissen lassen, daß er diese Handlungsweise natürlich finde und daß Frankreich in einem entsprechenden Falle vielleicht ebenso gehandelt hätte, daß aber diese Handlungsweise Zwischenfälle herbeiführen könne und nicht dazu angetan sei, die Beziehungen wieder in Ordnung zu bringen. Er habe daher einen Wunsch geäußert; diesen Wunsch erneuere er, ohne damit die Entschlußfreiheit Englands beeinflussen zu wollen. Der Wunsch laute: England möge wenigstens einen Teil seiner Flotte aus dem Mittelmeer zurückziehen.

Der Bericht Edens

Der Völkerverbundsminister Eden erklärte zunächst, daß Lloyd George anscheinend demüht sei, eine Atmosphäre der Verdächtigung zu schaffen. Er, Eden, habe aber nichts zu verheimlichen. Auf die Frage Lloyd Georges, ob England sich zu einer Entschädigung anderer Staaten verpflichtet habe, lautet die Antwort, daß England durch die Völkerverbundsatzung verpflichtet sei. Nachdem Eden den Bericht des Genfer Ausschusses für die Organisation der gegenseitigen Unterstützung teilweise verlesen hatte, gab er eine Darstellung über die Entwicklung der Lage in den letzten zwölf Monaten. Die Kritiker, die verlangten, daß die

Kurze Tagesübersicht

Nach einer Neutermedung ist eine Änderung der englischen Flottenstärke im Mittelmeer unwahrscheinlich, obwohl Mussolini den Befehl zur Zurückziehung einer Division aus Lybien gegeben habe.

Nach Mitteilungen aus Abessinien ist auf dem Kriegsschauplatz ein Stillstand eingetreten, der auf die Ausgleichsverhandlungen in Europa zurückzuführen ist.

In Bulgariisch-Mazedonien haben Kollisionsbrüche schwere Heberschwemmen angerichtet, bei denen auch zahlreiche Personen ums Leben gekommen sein sollen.

Die Hauptvereinigung der deutschen Getreidewirtschaft hat eine Herabsetzung der Roggenmehlspreise angeordnet.

Die vier heimatreuen Bürger von Malmédy wurden durch den belgischen Gerichtshof in Lüttich der belgischen Staatsangehörigkeit verlustig erklärt. Ein unverständliches Urteil!

Der französische Ministerrat hat nun ein scharfes Waffengesetz, ein Gesetz zur Aufrechterhaltung der Ordnung und die Abänderung des Vereinigungsrechtes beschlossen.

wirtschaftlichen Sühnemassnahmen eher hätten angewandt werden sollen, sollten erst einmal die Völkerverbundsatzung lesen. Wirtschaftliche Sühnemassnahmen dürften nämlich erst angewandt werden, nachdem eine Nation zum Kriege geschritten sei. Die Bezugnahme auf den chinesisch-japanischen Streit sei falsch, und zwar vor allem aus rechtlichen Gründen.

Eden gab dann seinem Glauben Ausdruck, daß die wirtschaftlichen Sühnemassnahmen wirksam sein würden. Wenn jedes der Völkerverbundmitglieder die Einfuhr von Gütern des kriegsführenden Staates verweigere, würde das eine Form der Sühnemassnahmen sein, die zwar nicht sofort, aber doch endgültig jede große handelsbetreibende Nation zum Nachdenken veranlassen sollte.

Die Bedingungen für eine Regelung seien von Baldwin genannt worden:

1. Die drei Parteien, Italien, Abessinien und der Völkerverbund, müßten die Regelung annehmen.

2. Die Regelung müßte mit der Völkerverbundsatzung übereinstimmen. Ein Ruhandel komme nicht in Frage, geschweige denn ein imperialistischer Handel.

Lloyd George fragte hierauf, ob man Italien in den letzten Tagen eine Zusicherung gegeben habe, daß die britische Flotte nicht den Suezkanal blockieren werde, oder irgend ein ähnliches Versprechen.

Eden erwiderte, daß es keinen Wechsel in der englischen Haltung gegeben habe und daß das Völkerverbundprogramm fortgesetzt werde wie bisher. Die einzige Zusicherung, die man Italien gegeben habe, sei, daß Großbritannien nicht selbständig vorgehen werde.

Zum erstenmal in der Geschichte der Welt werde versucht, ein System anzuwenden, das nicht auf Gewalt, sondern auf gewissen Grundregeln der Gleichberechtigung beruhe. Dies sei ein Abenteuer, bei dem alle stolz sein dürften, ihr Teil mitzuspielen. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Kritische Worte Lloyd Georges

London, 24. Okt. Lloyd George bezeichnete im Unterhaus die Bemerkung Baldwins, daß in der Außenpolitik eine Ruhepause bevorstehe, als eine erstaunliche Erklärung. Er frage den Ministerpräsidenten, ob er sich eines Augenblicks seit dem Weltkrieg erinnern könne, wo die Lage düsterer gewesen sei als jetzt. Wenn es eine Ruhepause gebe, dann deshalb, weil die Regierung Bürgschaften gegeben habe. Bei dieser Bemerkung schüttelte der Außenminister verneinend den Kopf. Aber wenn die Regierung Italien keine Garantien gegeben habe, dann verstehe er nicht die Ruhepause.

Lloyd George verlangte hierauf Einzelheiten über die zwischen Frankreich und Italien im Januar d. J. getroffenen Abmachungen. Frankreich habe sich in Abessinien wirtschaftlich desinteressiert und habe dafür von Italien gewaltige Zugeständnisse erhalten, deren Charakter man kennen müsse. Frankreich sei heute in der Lage, seine italienische Grenze praktisch ungeschützt zu lassen. Ihm sei gesagt worden, daß Frankreich dieses Zugeständnis mit 18 Divisionen bewerte, was etwa die Hälfte der deutschen Armee betrage. Der diplomatische Redewendung, daß Frankreich sich in Abessinien wirtschaftlich desinteressiert habe, müsse daher eine besondere Bedeutung zugrunde liegen. Er frage daher die englische Regierung, ob sie etwa ein ähnliches Versprechen wie das Frankreichs an Italien gegeben habe. Außenminister Sir Samuel Hoare antwortete: „Nein!“

Zurückziehung einer Division aus Lybien?

London, 24. Okt. Die Nachrichten über die angebliche Bereitschaft Mussolinis, eine italienische Division aus Lybien zurückzuziehen, klingen sehr widersprüchlich. Der diplomatische Berichterstatter von Reuters in London will erfahren haben, daß die italienische Regierung die Zurückziehung der Division ungeordnet habe, ohne dafür eine britische Gegenleistung zu fordern. Demgegenüber meldet der römische Berichterstatter des Reutersbüros, daß ihm von maßgebender italienischer Seite eine Erklärung zugekommen sei, die auf die angeblich von der britischen Regierung angeordnete Zurückziehung von zwei Schlachtschiffen aus dem Mittelmeer Bezug nimmt. Falls sich diese Meldung bestätige, so wird von italienischer Seite erklärt, werde Italien möglicherweise einen Teil seiner Streitkräfte aus Lybien zurückziehen, obwohl diese beiden Maßnahmen nichts miteinander zu tun hätten.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schließt hinzu, Mussolini habe das Angebot gemacht, eine Division aus Lybien zurückzuziehen. Diese Division werde aber nicht nach Italien zurückkehren, sondern nur nach Tripolis verlegt werden.

Römische Polemik gegen London und Paris

Italiens fünf Punkte

Rom, 24. Okt. In einer Polemik gegen die letzten Unterhaus-erklärungen und die Darlegungen Lavals vor dem außenpolitischen Ausschuss wendet sich die römische Abendpresse in sehr bestimmter Weise gegen die Auffassung, das Kernproblem der heutigen internationalen Lage sei in einem Gegensatz zwischen Italien und dem Völkerverbund zu suchen. Es handle sich ganz im

der H. Menzels Chorisches Spiel „In unsern Fahnen lodert Gott“ aufgeführt wurde. Am Donnerstag wurde das Kochendorfer Salzwerk besichtigt. Hierauf findet in Wimpfen eine geschlossene Arbeitstagung der H. statt.

Verkehrsbeschränkungen in Ravensburg

weitgehend aufgehoben

Der Innenminister teilt mit: Nachdem in Ravensburg keine weiteren Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung mehr aufgetreten sind, konnten die örtlichen Polizeibehörden von heute an die einschneidendsten Verkehrsbeschränkungen aufheben. Es ist somit die Reiseverkehrs-sperre, das Verbot des Gaststättenbesuchs, das allgemeine Versammlungsverbot einschließlich der Kirchen-schließung außer Kraft gesetzt. Dies konnte allerdings nur im Vertrauen auf die besonnene Haltung des größten Teiles der Bevölkerung auf die Befehle der Landesregierung ergangen. Der Verlauf der Erkrankung ist weiterhin günstig. Die erlassenen Sperrmaßnahmen haben sich, wie einzelne Erkrankungen bei Uebertretung derselben gezeigt haben, durchweg als notwendig und zweckmäßig erwiesen. Der Bevölkerung danke ich bei dieser Gelegenheit für ihre unentbehrliche Mitarbeit, wie ich andererseits die böswilligen oder fahrlässigen Zuwiderhandlungen einzelner verurteile, die immer noch kein Verständnis für die schicksalhafte Verbundenheit des Volkstrübes, besonders in Notzeiten, haben. Ich muß nun auch erwarten, daß die mehrfach zu beobachtende ablehnende Haltung gegen die Ravensburger Bevölkerung aufgehoben und der schwer geschädigten Stadt unnötige und kränkende Zurücksetzung erspart wird.

Stuttgart, 24. Okt. (60 000 Mark Eintopfs-pende.) Das Ergebnis von 59 826 RM. am ersten Eintopf-Sonntag stellte einen würdigen Aufakt des diesjährigen Winterhilfswerks dar. Im Vorjahr belief sich die Summe auf 52 219 RM. **Württ. Verwaltungsakademie.** Im festlich geschmückten großen Hörsaal der Technischen Hochschule Stuttgart eröffnete die Württ. Verwaltungsakademie ihr Wintersemester 1935/36. Zahlreiche Verwaltungsbeamte nahmen an der Eröffnung teil. Der Leiter der Württ. Verwaltungsakademie, Staatssekretär Waldmann, bemerkte u. a., daß sich die Verwaltungsakademien, nachdem ihrer Einrichtung mancherlei Zweifel und Schwierigkeiten entgegenstanden, heute in ganz Deutschland einer stetig zunehmenden Anerkennung erfreuen dürfen. Das Arbeitsziel der Verwaltungsakademie: Die Schaffung einer Führungsschule für die Leiter der Verwaltung lasse es als notwendig erscheinen, daß auch die höhere Beamenschaft stärker als bisher an den Vorlesungen teilnimmt. Universitätsprofessor Dr. Feine-Tübingen hielt die erste Vorlesung über: „Die Reichsgründung Bismarcks“, in der er in fesselnder Darstellung das Werk und die Tragik des Altkanzlers den Hörern nahe brachte. **100 Wolfsbusch-Eigenheime.** Im Wolfsbusch-Gelände im Stadteil Weilimdorf, am Fuße der Solitude, regen sich viele fleißige Hände, um den von der Stadtverwaltung Stuttgart betreuten Bau von 100 Eigenheimen mit Landzulage noch auf Ende dieses Jahres zu vollenden. Die meisten Häuser befinden sich bereits unter Dach, und mit Nachdruck wird gegenwärtig an der Innenausführung gearbeitet. In zwei oder drei Monaten können die Siedler ihr neues Heim beziehen. Aber kaum wird der Winter vorüber sein, dann beginnt die Arbeit auf dem Wolfsbuschgelände von neuem. Wie das Stadtk. Nachrichtenamt mitteilt, nimmt die Stadtverwaltung sodann den 2. Bauteil der Wolfsbusch-siedlung mit rund 120 Siedlerstellen in Angriff. Für den Normaltyp werden wie bisher 2100—2500 RM. Eigengeld benötigt. Der Gesamtaufwand für die freistehenden Einfamilienhäuser steht heute noch nicht fest, es ist jedoch anzunehmen, daß mit einem Eigengeld von 3000—4000 RM. in jedem Falle auszukommen sein wird.

Waiblingen, 24. Okt. (Vom Zug überfahren.) Am Mittwoch abend fand man auf der Remstal-Strade, etwa 100 Meter von der Haltestelle Kommelshausen, den 34 Jahre alten verheirateten Rechtsanwalt Dr. Otto Hahn-Waiblingen in schwerverletztem Zustand auf. Er wurde von dem Zug überfahren und zog sich dadurch schwere Verletzungen zu. Ein Bein war ihm ganz, das andere teilweise abgefahren. Nach seiner Einlieferung ins Kreisfrankenhaus ist der Bedauernswerte gestorben. Der Hergang des Unfalls ist noch näher zu klären.

Rudersberg, 24. Okt. (Selbstmord auf dem Friedhof.) Ein in den fünfziger Jahren stehender hiesiger Geschäftsmann hat sich auf dem Grab seiner Tochter erschossen.

Kottenburg, 24. Okt. (Chörung von Chordirigenten und Organisten.) Bischof Dr. Sproll hat den beiden Chordirigenten Oberpräzeptor Wilhelm Köhler in Kottweil und Oberlehrer Josef Fröhlich in Stuttgart den Titel eines Kirchenmusikdirektors verliehen. Ferner hat der Bischof eine besondere Anerkennung für langjährige treue und hervorragende Organistendienste den beiden Organisten Oberlehrer Albert Rauch in Luttligen und Oberlehrer Ferdinand Staudenmeyer in Ehlingen ausgesprochen.

Neuenbürg, 24. Okt. (Selbstmord auf dem Friedhof.) Ein in den fünfziger Jahren stehender hiesiger Geschäftsmann hat sich auf dem Grab seiner Tochter erschossen.

Waldburg, 24. Okt. (Immer wieder die Tollirsche.) Hier ab ein fünfjähriges Mädchen 10—12 Tollirschen, die es in der Nähe des elterlichen Hauses in einem Gefäß fand. Beim Nachtessen zeigten sich die Folgen dieses gefährlichen Genußes. Erst am andern Morgen wurde der Arzt gerufen, der sofort die Vergiftung feststellte und entsprechend eingriff. Seiner Kunst ist es zu verdanken, daß das Kind mit dem Leben davonkam.

Kuttwisch, 24. Okt. (Chörung.) Dem Oberlehrer a. D. Adolf Wälde hier, der durch seine Moosforschungen und Moossammlungen weithin berühmt geworden ist und sich noch im Ruhestand mit größtem Erfolg seiner Lebensarbeit gewidmet hat, wurde für seine hervorragenden Verdienste auf diesem Gebiet die Würde eines Ehrensenators der Universität Tübingen verliehen. Das Stuttgarter Naturkabinet und die Universität Tübingen find im Besitz von umfassenden Moossammlungen, die Stiftungen von Oberlehrer Wälde sind. Der Forscher wurde von einem Schlaganfall betroffen, so daß ihn die Ehreung nicht mehr gesund antraf.

Eilwangen, 24. Okt. (Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Eilwangen begann am Mittwoch die auf zwei Tage anberaumte Verhandlung gegen den früheren Stadtpfleger von Mergentheim, den heute 48jährigen Theodor Borth, eine ehemalige Zentrumsfühler der Stadt. Als Stadtpfleger und Stadtkassier hat Borth, so behauptet die Anklage, von 1924 bis 1928 eingekommene Gelder im Gesamtbetrag von 34 674 RM. an sich genommen und für sich verbraucht, und um diese Verrechnungen zu verdecken, in den Kassentagebüchern der Stadtpflege, des Wasser- und des Elektrizitätswerkes Einnahmen und Ausgaben nicht verbucht oder nicht gemachte Ausgaben als gemacht verbucht. Die Gesamtsumme des verursachten Schadens wird von der Anklage mit 47 430 RM. bemessen. Der Angeklagte erklärt sich für nicht schuldig und bestritt, absichtlich Buchführungen begangen und die Fehlbeträge veruntreut zu haben. Zur Verhandlung sind etwa 20 Zeugen geladen.

Aus dem Gerichtssaal

Amtsunterstützungen

Katholischer Pfarrer wegen Devisenverschlebung verurteilt **Landau, 24. Okt.** Das Schöffengericht Landau verurteilte gegen den katholischen Pfarrer Albert Eckhardt aus Scheibenshardt (Pfalz) wegen eines Verstoßes gegen die Verordnung über die Devisenbewirtschaftung und das Durchführungsgebot hierzu. Bekanntlich kam die Devisenüberwachungsstelle im April vorigen Jahres umfangreichen Verläufen von 36. Farben-Aktien an deutschen Börsen auf die Spur. Nach den Listen mühten sich diese Aktien im Ausland befinden. Man entdeckte die Aktien zuerst bei ländlichen Sparcassen in der Südpfalz. Hier und in

Nimm Bratensoße zu „Fleisch im eigenen Saft“

Das schmeckt ganz großartig! Dabei ist das Rezept kinderleicht: 1 Knorr Bratensoßwürfel fein zerdrücken, glattrühren und in $\frac{1}{4}$ Liter Wasser unter Umrühren 3 Minuten sprudelnd kochen. Dann in dieser Soße das Dosenfleisch auf kleinem Feuer gut durchziehen lassen (nicht kochen). Schon fertig! Also: Stets Bratensoße dazugeben! Aber immer

die von Knorr

1 Würfel Knorr Bratensoße = $\frac{1}{4}$ Liter = 10 Pfg.

verschiedenen Grenzorten waren sie veräußert worden. Die Spur führte zu Pfarrer Eckhardt in Scheibenshardt. Es konnte eine Reihe von Personen, die an diesem verbotenen Devisengeschäft beteiligt waren, verhaftet werden. Sie sind später zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden. Pfarrer Eckhardt selbst flüchtete über die deutsch-französische Grenze, als er die Devisenverschlebung entdeckte. Nach Aburteilung der Mitbeteiligten kehrte er Ende Juni d. J. nach Deutschland zurück und stellte sich den Behörden. In der Verhandlung war der Angeklagte geständig. Zu seiner Verteidigung führte er an, daß er in Folge Krankheit seiner Mutter und auf Grund größerer Anschaffungen für seinen Haushalt in Schulden gekommen sei. Der Straf-antrag lautete auf ein Jahr zehn Monate Zuchthaus. Das Gericht sprach eine Gefängnisstrafe in gleicher Höhe aus, ferner eine Geldstrafe von 1000 RM. und verfügte die Aufrechterhaltung des Haftbefehls.

Zuchthausstrafen für die Paderborner Ordensgeistlichen

Berlin, 24. Okt. In dem Devisenprozeß gegen die beiden katholischen Geistlichen aus Paderborn verurteilte das Berliner Schöffengericht folgendes Urteil: Der 41jährige Generalsekretär des Bonifaziusvereins für das katholische Deutschland, Wilhelm Freemann, erhält wegen gemeinschaftlichen fortgesetzten Devisenverschlebens und Begünstigung fünf Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und 150 000 RM. Geldstrafe, der 55jährige Generalvikar des Bistums Hildesheim, Dr. Otto Seelmeyer, wegen gemeinschaftlichen fortgesetzten Devisenverschlebens vier einhalb Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und 150 000 RM. Geldstrafe. Die Unteruchungshaft wird voll auf die Strafe angerechnet. Die beschlagnahmten Anleiheobligationen werden eingezogen und die Mithaftung der von den Angeklagten vertretenen kirchlichen Organisationen für die Geldstrafen und die Kosten des Verfahrens ausgesprochen.

Devisenprozeß gegen zwei katholische Geistliche

Die deutsche Volkswirtschaft um 120 000 RM. gefährdet

Berlin, 23. Okt. In der Reihe der Devisenstraßverfahren gegen Mitglieder katholischer Orden begann am Mittwoch vor dem Berliner Schöffengericht ein Prozeß gegen den 58jährigen Generalvikar des Bistums Hildesheim, Dr. Otto Seelmeyer aus Hildesheim, und den 41jährigen katholischen Geistlichen und Generalsekretär beim Bonifazius-Berein für das katholische Deutschland, E. B. in Paderborn, Wilhelm Freemann aus Paderborn.

Dem Angeklagten Dr. Seelmeyer wird Devisenverbrechen in vier Fällen, dem Angeklagten Freemann Devisenverbrechen in zwei Fällen zur Last gelegt. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen des beteiligten Zollfahndungsstellen und der Staatsanwaltschaften ist auf Verurteilung der beiden Angeklagten von dem berüchtigten Dr. Hofius ein Betrag von insgesamt 120 000 RM. aus Deutschland nach Holland verbracht, dort in ein Guldenkonto von fast 70 000 holländischen Gulden umgewandelt und sodann zum Rücklauf von Obligationen verwendet worden.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag „Wildbader Tagblatt“ Wildbader Tagblatt, Wildbad im Schwarzwald (Inn. Th. Bad) 731. U. 35. 750 Zur Zeit in Besitz der Dr. 2. d. 11/12.

Stadtgemeinde Wildbad. **Die städtische Mästerei wird am 2. November 1935 geschlossen** Bürgermeisteramt.

Zum Ratskeller Samstag und Sonntag **Schlachtpartie** wozu freundlich einladet **Koch,** zum Ratskeller.

Für Herbst und Winter sind **Mäntel, Kleider, Röcke, Blusen und Hüte** in großer Auswahl eingetroffen und lade zur Besichtigung unverbindlich ein Hüte werden in kurzer Zeit umfassoniert **Modehaus Altvater** im Haus de Ponte *Best den Weingärtnern, trinkt Wein!*

Das Buch



ein Schwert des Geistes

Dieses Plakat erscheint zur **„Woche des Deutschen Buches 1935“** (27. Oktober bis 3. November) Es soll in Betrieben u. Schaufenstern zum Aushang kommen und für das gute deutsche Buch werben

Hotel gold. Stern Morgen Samstag und Sonntag **Morgensuppe** wozu freundlich einladet **Frau Gustav Bott.**

Unvergorener Traubensaft ist der edelste deutsche Fruchtstekt

Suche in Wildbad für Realschüler **Mittagstisch** Offerten unter P. 248 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Das beste Werbemittel für Ihr Geschäft ist eine Anzeige im **„Wildbader Tagblatt“**

Aber auch zu gibt die gute Loba-Ware, Marke **Zeppelin-Loba**

Soll es etwas Gutes sein — Hausfrau, kauf Dir **Loba** ein

Denn der Glanz ist wunderbar, dauerhaft und naß wischbar!

LOBE-WACHS u. LOBE-BEIZE

